

VERSÄUMNISSE & FEHLENTSCHEIDUNGEN

Fünf Jahre türkis-grüne Regierungsperiode neigen sich dem Ende zu. Der Befund der Arbeiterkammer ist - leider - eindeutig: Das Leben der Arbeitnehmer:innen hat sich in dieser Zeit nicht verbessert, in vielen Bereichen sogar verschlechtert. Eine Bilanz. Die aktuelle Bundesregierung hat ...

... DEN DRUCK IN DER ARBEITSWELT VERGRÖSSERT

Unbezahlte Überstunden

- 2023 haben die Arbeitnehmer:innen **180 Mio. Mehr- und Überstunden** geleistet, 46,6 Mio. davon unvergütet. Betriebe haben ihren Mitarbeiter:innen dadurch **1,3 Mrd. Euro** vorenthalten.
- Der Einnahmenentfall bei **Steuern und Sozialabgaben** liegt bei mehr als **600 Mio. Euro**.
- 2022 waren es 192 Mio. Mehr- und Überstunden, 47 Mio. nicht vergütet → 1,2 Mrd. Euro
- Die Bundesregierung hat das **Lohn- und Sozialdumping-Gesetz** verwässert.

Lange Arbeitszeiten

- Österreich hat EU-weit mit **40,7 Stunden** eine der längsten Arbeitszeiten bei Vollzeit, EU: 39,6 Stunden → hoher Arbeitsdruck, hohe Folgekosten für Sozialsysteme (Gesundheit, AMS, Pensionen)

Hoher Arbeitsdruck

- **90 Prozent** der Beschäftigten sind schon krank arbeiten gegangen.
- Nur **6 bis 7** von 10 können sich vorstellen, im aktuellen Job in Pension zu gehen.
- **1,4 Mio. Beschäftigte** halten ihre aktuellen Arbeitsbedingungen auf Dauer nicht aus.
- **4 von 10 Arbeiterinnen** gehen nicht aus Arbeitsverhältnissen in Pension, jede **dritte Arbeitnehmerin** geht nicht aus einem Arbeitsverhältnis in Pension.

Zwischenparken beim AMS

- Abmelden mit Wiedereinstellungszusage ist immer öfter ein Geschäftsmodell und sanktionslos → Kosten für das AMS laut WIFO über **500 Mio. Euro pro Jahr**

Lehrlingsausbildung rückläufig

- Die Zahl der **Lehrbetriebe stagniert** seit Jahren mit sinkender Tendenz 2012: fast 34.000, 2023 rund 27.000.
- Die Zahl der **Lehrlinge sinkt** ebenfalls, 2012: 125.228, 2023: 108.266.
- Fast 5.400 Lehrlinge sind in **überbetrieblichen Ausbildungen**.

Aus- und Weiterbildung rückläufig

- In den vergangenen 10 Jahren sank der **Anteil der Betriebe an Weiterbildungskosten** von 41 auf 31 Prozent, der **Anteil der Arbeitnehmer:innen** liegt bei 42 Prozent (vorher 29).
- Zu wenig Geld im Bildungsbudget für **Erwachsenenbildung**, 2024 nur 0,43 Prozent

Fehlende Fachkräftestrategie

- Laut WIFO gehen in den nächsten 5 bis 10 Jahren **300.000** von 1,5 Mio. Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Pension. Es fehlt eine Gesamtstrategie (Rechnungshof).
- **Arbeitskräftepotenzial** liegt dennoch brach: Bis zu **312.000** Personen, die arbeiten wollen, können nicht ("Stille Reserve"), **139.000** Personen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit.

... KLIMAPOLITIK ZU GERINGEN STELLENWERT GEGEBEN

- Fehlende Gesamtstrategie und Planungsunsicherheit in der **Klimapolitik**
- Meldung des nationalen **Energie- und Klimaplan** an die EU: Erst nach Einreichung eines Vertragsverletzungsverfahrens wird Österreich als letztes EU-Land mehr als ein Jahr zu spät melden.
- Wichtige **Steuerungselemente** fehlen, Klimaschutzgesetz und wichtige Energiegesetze fehlen (z.B. Elektrizitätswirtschaftsgesetz)
- Industriepolitisch unverantwortliches Hin und Her beim **Verbrenner-Aus**
- **Arbeitsrecht** hinkt Klimakrise hinterher, Stichwort "Hitzefrei", Arbeitsminister untätig, das verursacht **Folgekosten** im Gesundheitswesen, im AMS
- Guten Zielen in der **Verkehrspolitik** (Mobilitäts-Masterplan) folgen keine Maßnahmen, v.a. in Beschäftigungspolitik, Investitionen und Förderung der Eisenbahnindustrie

... DEN SOZIALSTAAT WEITER GESCHWÄCHT

- Bundesregierung wollte **Armut** im Land halbieren → noch immer sind **376.000 Kinder und Jugendliche** armutsgefährdet
- Mit dem Aushungern der ÖGK hat die Bundesregierung die **Zwei-Klassenmedizin** weiter befördert → Wartezeiten bei OPs, Ärztinnen/Ärzten, Leistungseinschränkungen
- Ausbildungs- und **Arbeitsbedingungen in der Pflege** nicht angegangen → hoher Arbeitsdruck: **44 Prozent** der Beschäftigten in Pflegeberufen denken monatlich oder öfter an einen Berufswechsel.
- Rund 80 Prozent der Bezieher:innen von **Pflegegeld** leben zuhause, aber nur 22 Prozent der öffentlichen Mittel für Langzeitpflege werden für sie ausgegeben.
- Untätigkeit im **Bildungssystem**: zu wenig ganztägige Kindergärten und Schulen, keine Förderung von Schulen, die das besonders brauchen

... FRAUENPOLITIK FÜRS MITTELALTER GEMACHT

- Keine bzw. **rückschrittliche Frauenpolitik**, ein Auszug:
- Bundesregierung will Malus für **Teilzeit**, "**Omakarenz**", Investitionen in **Kinderbetreuung** und **Pflegeeinrichtungen** zu wenig, zu langsam
- **Gender Pay Gap** in Österreich 18,4 Prozent, in der EU 12,7

- **Equal Pay Day** in Österreich am 31.10.2023, in der EU am 15.11.2023
- **Neue EU-Barcelona-Ziele** verfehlt, Vorgabe: bei unter 3-Jährigen sollen 45 Prozent in Betreuung sein, bei 3-Jährigen bis zum Schuleintritt 96 Prozent; Österreich (2023): unter 3: 29,9 Prozent (vif-konform*: 17,6) bzw. 3 bis Schuleintritt: 94,4 Prozent (vif-konform 46,8)

... VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT FÜR PARTIKULARINTERESSEN GEOPFERT / TEUERUNG NICHT WIRKSAM EINGEDÄMMT

- Die **Inflationsrate** in Österreich erreichte Anfang 2023 den **höchsten Wert seit 70 Jahren**. Auch der Jahresdurchschnitt des letzten Jahres war mit 7,8 Prozent rekordverdächtig, und noch immer liegt Österreichs Inflation merklich über dem Euroraum-Durchschnitt.
- Teures **Wohnen**: 2023 gab es die vierte Erhöhung der Richtwertmieten in nur 15 Monaten, der Mietpreisdeckel ist mit 5 Prozent unwirksam, Familien zahlen bis zu **40 Prozent des Einkommens** fürs Wohnen, wenn sie nicht in Gemeinde-/Genossenschaftswohnungen leben.
- Immer mehr **Befristungen**, Anteil bei privaten Mietwohnungen bei 48 Prozent (2022)
- Hohe **Schulskosten**, zum Schulstart 2023/2024 im Schnitt 304 Euro/Kind (IFES)
- Horrende **Nachhilfekosten**: Im Schuljahr 2023/2024 gaben Eltern 750 Euro/Kind aus, in Summe **168 Mio. Euro** für private Nachhilfe aus (FORESIGHT).
- Keine Eingriffe in explodierende **Energiepreise** wie in anderen EU-Staaten, Energiepreise sind in Österreich gegenüber dem Vorkrisenjahr um 35,5 Prozent gestiegen, Kosten für Strom um 12 Prozent, für Fernwärme um 76 Prozent und für Erdgas um 142 Prozent.
- Die **Übergewinnsteuer** ist in Relation zu den Gewinnen in Höhe von knapp 1,5 Mrd. Euro (Momentum) viel zu gering, Energiekonzerne machen fette Gewinne auf Kosten der Kundinnen und Kunden.
- Keine Eingriffe bei **Lebensmittelpreisen** wie in anderen Ländern (Spanien, Portugal setzen MwSt. auf Grundnahrungsmittel aus, in Frankreich Stopp von Preisanstiegen auf freiwilliger Basis, in Ungarn Preisdeckel auf Grundnahrungsmittel, ...) Anstiege bei Lebensmitteln und Getränken (WIFO) 2022 plus 11 Prozent, 2023 plus 11,4 Prozent
- **finanzieller Druck** auf Familien weiter erhöht: Im 4. Quartal 2022 hatten 17 Prozent der Haushalte Probleme, mit dem Einkommen auszukommen, bei Mehrkind-Haushalten waren es 31 Prozent und bei Ein-Eltern-Haushalten sogar 34 Prozent (BMSK); bei 16- bis 29-Jährigen haben 54 Prozent wegen Teuerung Rücklagen aufgebraucht, Konto überzogen, Kredite aufgenommen oder sich verschuldet (AK Jugendmonitor).
- **Überförderung** der Unternehmen in Corona-Krise, viele Firmen/Konzerne hatten ihre besten Geschäftsjahre, die Beschäftigten hatten nichts davon, die COFAG zahlte über **15 Mrd. Euro** aus, in 11.000 Fällen prüfte die COFAG Rückforderungen

* vif steht für "Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf" und ist ein von der Arbeiterkammer Wien entwickelter Indikator. Er dient dazu, zu beurteilen, ob Kinderbetreuungseinrichtungen eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern unterstützen